66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,00 M. Reklameteil 20.– M.
Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Jinsheim-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 237.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.– Mk., monatlich 12.– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Rumänien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Mittwoch, 25. Mai 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Vorläufig keine Besetzung des Ruhrgebiets!

Briand über Deutschlands lohale Haltung.

Der Ministerpräsident vor der Kammer.

Paris, 24. Mai.

In der heutigen Kammersitzung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte, er begreife die Erregung, die sich angesichts der Ereignisse in Oberschlesien im Lande zeige. Während der Beratungen über den Friedensvertrag habe eine interalliierte Kommission die oberschlesische Frage genau geprüft. Die Arbeit habe mehrere Monate gedauert, und die Mitglieder der Kommission seien einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzusprechen. Auch die Alliierten hätten sich einstimmig diesem Beschluß angeschlossen, und diese Vertragsklausel sei Deutschland übermittelt worden, das dann in Gegenvorschlägen Anspruch auf diese Gebiete erhoben habe. Der Oberste Rat habe alsdann den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Die Polen hätten starke Gründe gehabt, zu glauben, daß Oberschlesien ihnen zufallen werde. Bei der Abstimmung aber hätten 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe immer gewollt, daß der Friedensvertrag loyal ausgeführt werde. Niemals habe es die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müßten. Nach dieser Richtung sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig. Oberschlesien sei niemals als ein rein deutsches Land angesprochen worden. Die englischen und die deutschen Autoren, auch der deutsche Atlas bekundeten das. Oberschlesien sei vor 600 Jahren mit Gewalt zu Deutschland gekommen. Der Vertrag sage, daß die Grenzbestimmungen nach geographischen Rücksichten getroffen werden müßten. Es wäre also keine gerechte Abstimmung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen den Stimmen der polnischen Arbeiter und der reichen Deutschen. Briand fuhr fort: Wenn in dem Minenbezirk die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen bei dem Votum den Ausschlag geben. (Beifall.) Er sage das nicht in der Absicht, zu polemisieren, denn unser Alliierten müsse man dies in Ruhe auseinandersetzen und dürfe keine Hintergedanken haben. Dann werde man sich verstehen. Man habe behauptet, Frankreich fordere, daß die Minenbezirke Polen zugesprochen würden und es begünstige damit Polen. Nach einem Kriege wie dem letzten habe Frankreich das Recht, gewisse Besürchtungen zu hegen. Wenn man einem Lande wie Polen das Leben gegeben habe, sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Von diesem Wunsche beseelt, hätten die Alliierten Polen einen Zugang zum Meere durch Preußen hindurch gesichert. Das genügt aber nicht. Wenn ein Land nicht die Mittel zum Leben habe, dann werde es, oder es falle der Herrschaft des Nachbarn anheim. In den Bergwerksbezirken Oberschlesiens habe Polen nicht die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Kommunen erlangt. Der französische Kommissar sei also berechtigt gewesen, seine Schlußfolgerung zu unterbreiten. Nach einer Auseinandersetzung über die Rolle des französischen, des englischen und des italienischen Komissars sagte Briand, es bereite oft Ungelegenheiten, wenn eine Debatte wie die über die Volksabstimmung auf dem öffentlichen Markte erfolge und wenn eine Pressepolemik sich dieser Frage bemächtigte.

Aber wenn nach so vielen gemeinsam niedergekämpften Schwierigkeiten

die Entente elend sterben

müsse infolge einer Schwierigkeit wie der gegenwärtigen, dann könne nur der gute Wille fehlen und dann habe man nicht den Wunsch, die Entente aufrecht zu erhalten. Das sei nicht der Gedanke Frankreichs. (Beifall.) Er habe noch eine schwere Stunde gegenwärtig, eine dramatische Stunde der Londoner Konferenz. Damals habe es den Anschein gehabt, der Unterschied in der Auffassung zwischen Frankreich und Großbritannien sei so groß, daß es unmöglich sei, die beiden Auffassungen einander näher zu bringen. Die Worte des englischen Premierministers lägen ihm noch in den Ohren, als er gesagt habe, er möge nicht der Staatsmann sein, der es mit seinem Gewissen verantworten müsse, ein so ernstes Ereignis vorbereitet zu haben. Wenn man das Gefühl des Ernstes eines solchen Ereignisses habe, dann sei es sicher, daß man alles tun werde, um es nicht zu provozieren, und Frankreich verlange, daß der Vertrag loyal spiele und zwar in seinem Geiste und in seinen Worten.

Ministerpräsident Briand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu würdigen, und um eine Grenzlinie zu ziehen. Die Alliierten müßten sich nach dem Abkommen wie in allen anderen Fällen aussprechen. Die Gerechtigkeit müsse siegen und an dem Tage, an dem die Gerechtigkeit triumphiert habe, werde Oberschlesien vor der Anarchie gerettet sein. (Beifall.)

Briand geht alsdann auf den Ursprung der Unruhen zurück und sagt, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt (!) hätten, sie sollten das Opfer getroffenen Abkommen sein. Von London aus habe er angeordnet, daß sofort dem französischen Vertreter telegraphiert werde, daß er alles unternehme, was in seiner Macht stehe, um die Ordnung wieder herzustellen und um die Menschenleben und die Vermögenswerte zu schützen. Hätte man etwa Blut vergießen sollen mit Tanks und Mitrailleusen? Frankreich habe 12 000 Mann in Oberschlesien; diese hätten die bedrohten Deutschen beschützt, die Ordnung sei wieder hergestellt. Alle Welt müsse davon befriedigt sein. Der polnischen Regierung habe man mitgeteilt, daß ihre Landsleute sich ins Unrecht setzten. Die polnische Regierung habe die verlangten Maßnahmen ergriffen. Auch die Worte Lloyd Georges seien falsch ausgelegt und schlecht übermittelt worden. (Ironische Zwischenrufe rechts.) (Briand fordert die Kammer auf, den Takt einzuhalten, den die Debatte erfordere.) Die Worte Lloyd Georges hätten, falsch interpretiert, die deutsche Presse und die Alldeutschen glauben machen können, er habe Deutschland aufgefordert, direkt in Oberschlesien etwas zu unternehmen dadurch, daß die Reichswehr dort einbringe.

Briand erinnert an die Erklärung, die er in Abwesenheit des Parlaments in aller Oeffentlichkeit habe machen müssen. Er habe Deutschland zuerkennen gegeben, wenn es Truppen entsende — wozu, wie er wisse, eine gewisse Geneigtheit bestanden habe — dann würden ernste Ereignisse dadurch hervorgerufen. Die deutsche Regierung habe begriffen, er habe die Befriedigung gehabt, am nächsten Tage in den erregtesten Zeitungen eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken. Nach einer Verbreitung über die letzten Ereignisse erklärt der Ministerpräsident, daß der deutsche Botschafter vor Mitte nach einer Unterredung mit der Interalliierten Kommission Instruktionen erteilt habe, denen Folge geleistet wurde. Der Kampf sei eingestellt, die Ruhe im Gebiet wieder hergestellt. (!!) Auch der französische Botschafter in Berlin habe klare Informationen erhalten. Er selbst habe gestern den deutschen Botschafter gebeten, ihm einen Besuch abzustatten. Er habe ihn auf den Ernst der augenblicklichen Lage hingewiesen und gesagt, wenn nicht in kürzester Frist die deutschen Detachements entwaffnet würden, wenn die Urheber der Anwerbungen nicht nach den deutschen Strafgesetzen verfolgt würden, wenn die deutschen Grenzen nicht gesperrt würden, dann könne die Lage gefährlich werden. Heute vormittag zu früher Stunde habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien, und daß die Zeitungen, die hetzen, verfolgt würden. Es sei auch mitgeteilt worden, daß der preußische Minister des Innern Sicherheitspolizei entsandt habe, um die gegebenen Instruktionen ausführen zu lassen.

Sie können mir sagen, daß das Worte sind und daß wir seit zwei Jahren so viele Worte gehört haben, die nicht befolgt wurden. Aber heute denke er loyal und aufrichtig, daß Dr. Wirth, der an der Spitze der augenblicklichen Regierung stehe, der sich auf eine andere Mehrheit stütze, als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe seine Verpflichtungen gehalten und er, Briand, werde darauf nachträglich bei Besprechung der Londoner Beschlüsse zurückkommen. Dr. Wirth habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen.

Briand müsse es zurückweisen, wenn man sage, die Regierung habe Frankreich in eine erniedrigende Lage gebracht. Er freue sich über die bewundernswürdige Haltung der öffentlichen Meinung; sie habe bewiesen, daß die Interessen Frankreichs ganz verteidigt seien. (Beifall in der Mitte und links.) Ministerpräsident Briand sagt alsdann, er habe seine Politik erläutert, er übernehme seine Verantwortlichkeiten, die Kammer möge die ihrige übernehmen. Sie solle alsdann wählen zwischen seiner Politik oder einer andern. Die andere Politik wolle er nicht mitmachen ohne zwingende Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) Frankreich behalte sich vor, alle zu seiner Sicherheit erforderlichen Druckmittel zu gebrauchen, wenn die deutschen Versprechungen nicht gehalten würden. Wenn seine Sicherheit in Frage gestellt würde, dann werde Frankreich — das habe er seinen Verbündeten mitgeteilt — das Recht haben sie sicherzustellen. (Beifall links und in der Mitte. — Der Ministerpräsident wird durch ironische Zwischenrufe von rechts unterbrochen.) Briand erklärt, er habe die Jahresklasse 1919 mobilisiert, weil dies unerläßlich gewesen sei.

Er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er müsse daran erinnern, daß der Friedensvertrag von Versailles ein einheitliches, ein stärkeres Deutschland in bezug auf Kohäsion und Assimilierung der Rassen geschaffen habe, als der Friedensvertrag von Frankfurt. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche bei dem Gebrauch dieser Instrumentes vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament, nämlich auch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, erfüllt. Abgeordneter Tardieu scheine die Vergangenheit vergessen zu haben und nur an die Zukunft zu denken. Nach einer Schilderung der Verhandlungen von London unterstreicht Briand die große Anstrengung der Belgier, um zu dem Ergebnis in London zu gelangen. Er, Briand, wäre stärker geblieben wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art von Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte; auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Proteste von links hervorruft.) Briand fordert seine Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen. Der Abgeordnete Noblemaire ruft dazwischen: „Die Frage steht doch viel höher, als eine ministerielle Frage.“ Ministerpräsident Briand sagt, der Abgeordnete Noblemaire habe ihn nicht verstanden. Wenn es sich um das Interesse Frankreichs handle und wenn er die Kammer auffordere, ihre Wahl zu treffen, dann handle es sich um eine Frage des allgemeinen Interesses. Die für ein isoliertes Frankreich seien, hätte zu bedenken, 200 000 Mann ständen vor dem Zuchtriegebiet ‚das innerhalb acht Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das die Interessen Frankreichs sicher stelle, und wenn er zurückgekommen wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertrete, müsse man erklären: ich will, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. Wenn er das getan hätte, dann hätte man es ihm 8 oder 14 Tage später vorgeworfen. Prüfen Sie Ihr Gewissen, ruft Briand unter dem Beifall der Linken und der Mitte.

Es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen werde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man habe nicht das Recht, zu vergessen, daß England sich im August 1914 erhoben habe, um an Frankreichs Seite zu treten, und daß die Amerikaner das Meer überschritten hätten, um durch ihr Heer Frankreich beizustehen. Man müsse unermüdlich daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrecht zu erhalten, aber nicht nur im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. Kein Volk könne mehr isoliert leben. Er freue sich, daß das ganze Land druhig bleibe. Die parlamentarischen Institutionen gestatten jedem, seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Man könne nicht glauben, daß die Stunde Frankreichs schon vorübergegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke. Er stelle von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden, und überall in Amerika und in England würdige man die Festigkeit und die Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Lebhafter Beifall rechts und auf der äußersten Linken.)

Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen. Nach Wiedereröffnung erhält das Wort der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol.

Er analisiert die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles und erinnerte daran, daß der Abgeordnete Kloß von einer Schuldsumme Deutschlands im Betrage von 463 Milliarden gesprochen habe. Er geht dann dazu über, das Abkommen von Paris gegen das Abkommen von London abzuwägen. Man habe immer behauptet, daß die 68 Milliarden Goldmark, die man in London festgelegt habe, den 210 Milliarden Papierfranken entsprachen, die Frankreich verlange. Er erinnere daran, daß die sozialistische Partei, die jetzt in Deutschland der Regierung angehöre, die Pflicht zur Reparation anerkenne. Er fragt, ob man etwa die Politik der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wolle, damit die Alldeutschen und Militaristen aus Ruder kämen. In diesem Falle müsse man die Jahresklasse 1919 fünfzig Jahre unter den Waffen behalten. Die Großindustrie wolle die Besetzung des Ruhrgebietes. Der Abgeordnete beschäftigt sich im weiteren mit finanziellen Fragen und empfiehlt zum Schlusse das Programm der Sozialdemokraten, das in Amsterdam aufgestellt wurde. Die arbeitende Klasse solle sich verständigen und dem grausamen Kriegszustand für die Völker ein Ende bereiten.

Die Weiterberatung wird alsdann auf morgen nachmittag vertagt.

„Die Vorbedingungen für den Einmarsch nicht verwirklicht!“

Die Agence Fournier meldet:

TU Paris, 24. Mai.

Ministerpräsident Briand hat um 12 Uhr die Delegation einer Kammergruppe empfangen und hat ihr erklärt, daß die in London beschlossenen Sanktionen nur unter den Bedingungen ausgeführt werden können, die für ihre Anwendung vorgesehen worden sind. Er hat der Delegation erklärt, er habe das Gefühl, daß die Lage in Oberschlesien sich gebessert habe und daß die deutsche Regierung alles tue, um den Forderungen der Alliierten gerecht zu werden. Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten geht hervor, daß im gegenwärtigen Augenblick die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht für notwendig hält.

Die Antwort Deutschlands auf die Note Briands.

TU Paris, 24. Mai.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note, die Briand gestern Dr. Mayer übergeben hat, ist bereits heute morgen am Quai d'Orsay eingetroffen. Die Schnelligkeit, mit der die deutsche Regierung geantwortet hat, fällt allgemein auf.

Die Durchführung des Ultimatums.

Berlin, 24. Mai.

Die Arbeiten in der Reparationsangelegenheit gehen in den beteiligten Ministerien in vollem Umfang weiter. Die Beratungen im Finanzministerium sind so weit gediehen, daß in dieser Woche die Aussprache mit Sachverständigen beginnen kann. Was die Frage des Indexschemas betrifft, so wird auch an dieser wichtigen Frage weiter gearbeitet.

Harding gegen Frankreich!

New-York, 24. Mai.

Reutermeldung.

Präsident Harding erklärte gestern abend bei einem Essen, es sei ein Ziel der gegenwärtigen Regierung, eine Aera der Verständigung einzuleiten. Er sagte: Ich wünsche Verständigung zwischen den Nationen, ich wünsche, daß unser Amerika nichts mit einer Nation zu tun hat, die nicht gewillt ist, sich an den Tisch zu setzen und offen ihre Karten zu zeigen.

Dr. Rathenau Wiederaufbauminister.

Die „Dena“ hält die Meldung aufrecht, daß Dr. Walter Rathenau das Wiederaufbauministerium angeboten worden sei und es angenommen habe. Als Nachfolger für den zurückgetretenen Staatssekretär der Reichskanzlei Albert sei Ministerialrat Hemmer in Aussicht genommen, der seinerzeit für den Posten des Pressechefs genannt war, für den er aber nicht mehr in Betracht kommt.

Die wirtschaftspolitischen Pläne Frankreichs in Europa.

Der Weltkrieg hat das Zeitalter des Imperialismus, d. h. der politischen Zusammenfassung großer wirtschaftlicher Machtkomplexe unter einheitlicher Führung, nicht abgeschlossen. Amerika, England und Japan sind bei der Arbeit, ihre wirtschaftlichen Einflußgebiete unter dem Schutz starker Flotten politisch immer fester zu schmieden. Die beiden vor dem Kriege bedeutungsvollen Imperien, Rußland und Deutschland, wurden durch die Niederlage im Weltkriege und schwere innere Wirren in ihrer Entwicklung für Jahrzehnte zurückgeworfen, wenn nicht aus der Reihe der konkurrierenden Weltmächte verdrängt.

Rußlands gewaltige natürliche Hilfsmittel lassen aber vermuten, daß sich dieses Volk zu neuer Stärke erheben wird, wenn sich aus dem Chaos des Bolschewismus alle die noch nicht erloschenen nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zu neuer Gestaltung durchgerungen haben werden.

In Mittel-Europa hatte sich in den letzten Jahrzehnten aus dem Durcheinander unzähliger kleiner Stämme und Staaten das Deutsche Reich gebildet, das unter dem Schirm einer starken Wehrmacht auf dem Wege schien, die großen wirtschaftlichen Kräfte des Kontinents in einem Bund der vereinigten Staaten Europas zu umfassen. Die Besorgnis vor einer solchen Entwicklung führte letzten Endes zu einer Verständigung der übrigen Großmächte zu gemeinsamer Abwehr und damit zum Weltkrieg.

Frankreich war während dieser glanzvollen Epoche deutscher Entwicklung wirtschaftspolitisch zu einer Macht 2. Ranges herabgesunken. Starkes nationales Selbstbewußtsein und immer wachsender Neid auf das Emporstreben des eist verachteten deutschen Nachbarn ließen aber Frankreich trotz seiner mehr als 20 Millionen wenigen Menschen ein Heer erhalten, das dem deutschen an Zahl gleichkam. Dieses Schwert Frankreichs hemmten die Großmächte. Der französische Soldat kämpfte im Weltkrieg wohl für die nationale Revanche, mehr aber noch für englische, amerikanische und auch japanische Wirtschaftsinteressen.

Deutschland brach nach dem beispiellosen nationalen Aufschwung und ungeheuren militärischen, wirtschaftlichen und technischen Erfolgen in 4 schweren Kriegsjahren vor der Uebermacht der Feinde zusammen. Das Entwaffnungsdiktat und der Kampf im Innern schalteten Deutschland vorerst als weiteren Mitbewerber um die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa aus.

Nach diesem Ziel strebte Frankreich. Die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen und die Verwirklichung der Revanche-Idee genügten nicht, dem überraschend schweren Zusammenbruch Deutschlands als Kriegsziele nicht mehr.

Poincaré, Briand und Genossen nahmen die alten Pläne Ludwigs XIV. und Napoleons wieder auf. Das leicht erregbare Volk jubelte diesen Führern zu und trieb sie, Schritt für Schritt weiter. Der Bogen französischer Machtpolitik wurde auf das Straffste gespannt. Die französischen Staatsmänner wissen, daß der Weltkrieg in Wahrheit wirtschaftlich entschieden worden ist und daß heute und in der Zukunft die Macht der Staaten sich auf wirtschaftliche Kräfte stützen muß. Frankreich trachtet dahin nach dem Erbe Deutschlands und sieht in seiner wirtschaftspolitischen Zerstörung den Weg zu den Kraftquellen Europas frei. So will es durch die politische Führung im Südosten Europas und in Polen Deutschland von diesen Wirtschaftsgebieten und dem russischen Hinterland abschließen, diese Gebiete selbst beherrschen, und durch Besitznahme des Saarbeckens, des Ruhrgebiets und ein polnisches Oberschlesien sich die Kräfte verschaffen, deren es zur Hegemonie in Europa bedarf.

Frankreichs Wege in der polnischen Politik werden damit klar. Im Südosten Europas sind infolge der Liquidation des Weltkrieges viele Staaten entstanden, die, zum Teil politisch noch ungefestigt, der wirtschaftlichen Anlehnung an einen größeren Staat bedürfen. Das bolschewistische Rußland ist ihnen verschlossen. So liegt es nahe, daß sie nach Deutschland gravitieren, dem die Welt noch immer eine starke Lebenskraft zutraut. Das aber will Frankreich gerade verhindern.

Frankreich suchte sein Ziel zunächst durch die Gründung eines „Donau-Bundes“ zu erreichen, dessen Kern Ungarn und Oesterreich unter Habsburger Herrschaft als Gegengewicht gegen Deutschland bilden sollte, an das sich die übrigen südosteuropäischen Staaten anschließen mußten. Ebenso sollte der Donaubund auch den wirtschaftlichen Einfluß Italiens in Südosteuropa einschränken. Rumänien und Ungarn waren für dieses Projekt leicht zu gewinnen. Polen konnte nur auf Vorteile rechnen. Andere Staaten machten aber Schwierigkeiten. In Oesterreich wuchs von Monat zu Monat die Stärke der Anschlußbewegung an Deutschland. Vor allem gingen aber Serben und Tschechen andere Wege. Sie bahnten die „Kleine Entente“ geschaffen, in der Erkenntnis, daß die Wiedererstarkung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Südosten eine Zusammenfassung der einzelnen Kräfte bei Verfolg gemeinsamer Interessen erforderte. Besonders bedeutungsvoll wirkte der Eintritt Italiens in dieses System der kleinen Entente als Folge des Vertrages von Rapallo. Die kleine Entente mußte zu einer selbständigen Politik der kleinen Staaten mit der Spitze gegen den Donaubund und damit gegen Frankreich führen. Frankreich erkannte die Gefahr und änderte diese Politik. Es sieht Karl von Habsburg fallen, suchte die verschiedenen Gegensätze zwischen Polen und Tschechen, Ungarn und Rumänen zu mildern und schloß offene und geheime Verträge ab, die unter militärischem Deckmantel wirtschaftliche Vorteile erwerben und vor allem jede Annäherung an Deutschland verhindern sollten. Das brutale Vorgehen Frankreichs gegen Oesterreich bezweckt nur die Einbeziehung auch dieses Staates in das System der südosteuropäischen Staaten und französischer Führung. Der Anschluß von Deutschland wird trotz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wenn notwendig mit Waffengewalt, von Frankreich dem unglücklichen Oesterreich versagt bleiben. Frankreich hat mit dieser Politik Erfolg gehabt. Der französische Einfluß wächst ständig. Griechenland und Rumänien fügen sich dem französischen Druck. Polen ist in seiner ganzen Existenz fest an Frankreich gekettet. Ungarn fühlt sich als der französische Schildträger. Das geschwächte Bulgarien wird in Abhängigkeit gehalten. Jugo-Slawien und Tschechoslowakei haben militärische Vereinbarungen mit Frankreich geschlossen, sie scheinen nur die geforderten wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland nicht zu befolgen. England hat in diesen Gebieten nicht unmittelbare Interessen, es betrachtet die politische Entwicklung im Südosten mehr als kontinentale Angelegenheit